



**Peter Wichtel**

*Unsere Stimme in Berlin*

**CDU**

## Berlin Aktuell

06/2015 – 22.05.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Freunde,

in der heute beendeten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages haben wir uns unter anderem mit dem 10-Milliarden-Euro-Investitionspaket der Bundesregierung beschäftigt, von welchem auch und insbesondere die Kommunen profitieren werden.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zum ebenso beschlossenen Tarifeinheitsgesetz lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Pfingstwochenende

Ihr

[www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)



## Konsolidieren und Investieren sind kein Gegensatz



(© Andreas Hermsdorf/pixelio.de)

Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015, den wir in dieser Woche beschlossen haben, legen wir die **Verteilung des 10-Milliarden-Euro-Pakets für Zukunftsinvestitionen** fest. Wir machen damit den Weg frei für konkrete Investitionsmaßnahmen der Bundesressorts in den Jahren 2016 bis 2018. Unsere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Infrastruktur, Energie und Umwelt. So sichern wir langfristiges Wachstum und machen Deutschland zukunftsfest.

Um den Kommunen einmal mehr kräftig unter die Arme zu greifen, haben wir in dieser Woche das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern verabschiedet. Damit auch finanzschwache Kommunen investieren können, enthält es den neuen, mit 3,5 Milliarden Euro ausgestatteten „*Kommunalen Investitionsförderungsfonds*“, überdies eine Aufstockung der für 2017 vorgesehenen Kommunalentlastung von 1 Milliarde auf dann 2,5 Milliarden Euro sowie jeweils 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 zur Unterstützung der Länder und ihrer Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern.

Mit dem Nachtrag steigen die Ausgaben 2015 um 3,5 von 299,1 auf 302,6 Milliarden Euro. Neue Schulden müssen dafür aber nicht gemacht werden. Der zugewonnene Spielraum beruht auf unserer Haushaltsdisziplin, gesunkenen Zinsausgaben, Bundesbankgewinn und Steuermehreinnahmen. Konsolidieren und Investieren, das ist die Handschrift von CDU und CSU.

## Tarifautonomie sichern

In zweiter und dritter Lesung haben wir in dieser Woche im Plenum das **Gesetz zur Regelung der Tarifeinheit beschlossen**, mit dem wir die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie dauerhaft sichern wollen. Die Frage einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit haben wir lange diskutiert. Aus Teilen der Wirtschaft und der Gewerkschaften wird sie für notwendig erachtet. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart lenken wir den Tarifpluralismus in geordnete Bahnen. Dabei sind verschiedene Stufen vorgesehen: Von der vereinbarten Tarifpluralität über Tarifgemeinschaften bis hin zur Einführung des Mehrheitsprinzips für den Fall, dass sich in einem Betrieb die Tarifverträge überschneiden. Die Rechte der Minderheitsgewerkschaften werden berücksichtigt. Unverändert bleibt, dass über die Verhältnismäßigkeit eines Streiks im Zweifel die Gerichte zu befinden haben, nicht der Gesetzgeber. Das Gesetz ist keine Antwort auf die aktuelle Streiksituation. Das kann es auch nicht bewirken. Die Verfassungsministerien haben den Gesetzentwurf intensiv geprüft und die Verfassungsmäßigkeit bescheinigt. Einige in unserer Bundestagsfraktion teilen diese Auffassung allerdings nicht.



## Aktuelles aus dem Plenum

Im Verlauf der Sitzungswoche haben wir der **Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias** zugestimmt. Seit Beginn der Mission im Jahr 2008 sind die Piratenangriffe stark zurückgegangen. 2014 gab es nur noch vier versuchte Überfälle auf Handelsschiffe, seit 2012 war kein Überfall mehr erfolgreich. Seit 2008 wurden außerdem 179 Schiffe des World Food Program und 121 Schiffe von AMISOM nach Mogadischu begleitet, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die deutsche Beteiligung an der erfolgreichen Operation haben wir nun bis Mai 2016 verlängert, die Personalobergrenze wird von 1.200 Soldaten auf 950 verringert.



(© Bundeswehr/Wilke)

Zudem haben wir die **Beteiligung deutscher Streitkräfte an der durch die Vereinten Nationen (VN) geführten Mission UNMIL in Liberia** verlängert, bei welcher sich bis zu fünf Soldaten beteiligen. Seit 2003 ist UNMIL aktiv bei der Überwachung und Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens, der Unterstützung des Friedensprozesses, der humanitären Hilfe, der Förderung und dem Schutz von Menschenrechten sowie der Unterstützung der Reformen im Sicherheitssektor. Aufgabe der UNMIL-Mission ist dabei die Beratung und Unterstützung der liberianischen Regierung sowie der polizeilichen und militärischen Kräfte. Mit unserer Zustimmung zu dem Mandat tragen wir zum bisherigen Erfolg von UNMIL bei und verdeutlichen unsere Bereitschaft, Verantwortung in der Friedensmission zu übernehmen.

## Daten und Fakten

**Deutsch-amerikanische Beziehungen.** Sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und ein Vierteljahrhundert nach Ende des Kalten Krieges sehen 72 Prozent der Amerikaner Deutschland als verlässlichen Partner. 62 Prozent der Deutschen halten die USA für einen zuverlässigen Verbündeten. Die Mehrheit der Deutschen (57 Prozent) glaubt, dass es für Deutschland wichtiger ist, enge Beziehungen zu den USA zu haben als zu Russland. Hier fallen die Meinungen in Ost- und Westdeutschland auseinander: 44 Prozent der Ostdeutschen und 61 Prozent der Westdeutschen befürworten eine stärkere Bindung an die USA. Im Hinblick auf die internationale politische Lage sind Deutsche und Amerikaner unterschiedlicher Einschätzung: 59 Prozent der Amerikaner denken, die Europäische Union würde im Umgang mit Russland in der Ukraine-Krise nicht hart genug auftreten; dieser Ansicht sind nur 26 Prozent der Deutschen. Auch fordern 54 Prozent der Amerikaner von Deutschland mehr militärisches Engagement in der Welt; dem stimmt nur ein Viertel der Deutschen zu.

*(Quelle: Pew Research Center)*

**Deutsche Unternehmen im Ausland stehen zu Nachhaltigkeit.** Eröffnen deutsche Unternehmen Niederlassungen im Ausland, legen sie auch dort Wert auf Nachhaltigkeit. Laut einer aktuellen Studie übertragen knapp 85 Prozent der befragten Firmen ihre ökologischen Standards auf die Niederlassungen im Ausland; 81 Prozent wenden zudem die gleichen sozialen Standards für Mitarbeiter im In- und Ausland an. Ihr Engagement ist bei den befragten Unternehmen zudem langfristig angelegt. Über 62 Prozent sind bereits zehn und mehr Jahre im Gastland vertreten; nahezu alle Unternehmen planen eine dauerhafte Präsenz. Diese langfristige Perspektive unterstreichen auch die Anstrengungen, die unternommen werden, um Mitarbeiter vor Ort zu qualifizieren: Nahezu zwei Drittel der befragten Firmen (65,2 Prozent) haben ein eigenes Fortbildungssystem im Gastland aufgebaut, um das hohe Niveau der deutschen Bildungsabschlüsse zu erreichen. Befragt wurden Firmen mit Niederlassungen in China, Brasilien, Indien, Mexiko, der Türkei, Südafrika und Malaysia. Diese Länder vereinen rund 80 Prozent der deutschen Direktinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern auf sich.

*(Quelle: IW Consult)*

**Impressum**

Peter Wichtel MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 – 77041  
Fax: 030 / 227 – 76241  
Mail: [peter.wichtel@bundestag.de](mailto:peter.wichtel@bundestag.de)  
Internet: [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)

**Redaktion**

Christoph Schmid

**Bildnachweis**

Seite 2 – Andreas Hermsdorf/pixelio.de  
Seite 4 – Bundeswehr/Wilke